

Stellungnahme des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V.

**zur Anhörung „Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!“
(Drucksache 18/7198) im Hauptausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen am
18. April 2024.**

Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW bedankt sich für die Möglichkeit, die Perspektive der 131 kommunalen Weiterbildungszentren einzubringen. Der Landesverband wird im Folgenden nach einer einleitenden Vorbemerkung zu ausgewählten Fragen Stellung nehmen.

Vorbemerkung zur politischen Bildung an den Volkshochschulen in NRW

Die 131 Volkshochschulen in NRW sichern als größtes Anbieter-Netzwerk der gemeinwohlorientierten Weiterbildung die flächendeckende Grundversorgung der Bürger*innen mit wohnortnahen Angeboten der politischen Bildung. Die politische Bildung ist eine im Weiterbildungsgesetz des Landes verankerte Pflichtaufgabe für alle kommunalen Weiterbildungszentren. Einige Volkshochschulen sind zudem kommunale Trägerinnen im Programm „Partnerschaften für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie Projekt-Trägerinnen im Rahmen des Landesprogramms „NRWeltoffen“. Damit bieten die Volkshochschulen wohnortnahe und niedrighschwellige Bildungs- und Dialogangebote und leisten ihren Beitrag bei der Umsetzung lokaler Handlungskonzepte für Demokratie und Vielfalt sowie der Stärkung von Zivilgesellschaft vor Ort. Auf Landesebene engagiert sich ihr Landesverband stellvertretend für die Volkshochschulen als Partner von Landesinstitutionen in Landesnetzwerken der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention, etwa im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus, im Landespräventionsrat oder im Netzwerk bürgerschaftliches Engagement.

Politische Bildungs- und Dialogformate an Volkshochschulen werden einerseits im Rahmen eines Programmbereichs für Politik und Gesellschaft angeboten, in der Regel kostenfrei und häufig in Kooperation mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Netzwerkpartnern. Andererseits wird politische Bildung in Kursen zielgruppenspezifisch umgesetzt, etwa für Zugewanderte und Geflüchtete im Rahmen des im Integrationskurs¹ obligatorischen Moduls „Orientierungskurs“². Auch in Lehrgängen zum Erwerb des nachträglichen Schulabschlusses bieten Volkshochschulen Unterrichtsstunden und Projektstage im Bereich der Gesellschaftskunde an und erreichen damit Menschen, die häufig schwer für offene Angebote der politischen Bildung gewonnen werden können. Weiter dienen die Volkshochschulen als öffentlich zugängliche Begegnungs- und Dialogräume und übernehmen regelmäßig eine moderierende und begleitende Rolle bei lokalen Bürger*innenbeteiligungsformaten. Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen stellen die Volkshochschulen dafür z. B. notwendige Räume für Veranstaltungen oder Treffen zur Verfügung.

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Fragmentierung, der Diffamierung von demokratischen Prinzipien und Institutionen und einer durch populistische Narrative

¹ Volkshochschulen sind die größten Anbieterinnen von Integrationskursen in NRW.

² Allein durch die Orientierungskurse wurden an den Volkshochschulen in NRW im Jahr 2022 ca. 100 000 Unterrichtsstunden politische Bildung umgesetzt. Vgl. DIE-Statistik DaF/DaZ-Kurse, in Rahmen derer 100 UE politische Bildung absolviert werden.

beeinträchtigen öffentlichen Debattenkultur begreifen die Volkshochschulen ihren Auftrag mehr denn je darin, zusätzliche Dialogräume und Bildungsangebote für die Menschen vor Ort zu schaffen und dadurch politische Teilhabe und Gestaltung der Demokratie zu befördern. Vor diesem Hintergrund haben die Volkshochschulen von NRW in ihrer jüngsten Erklärung vom 30. November 2023 die Stärkung der politischen Bildung als gemeinsamen Bildungsauftrag bewusst in den Fokus gerückt. Sie begreifen den Einsatz gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit als bedeutende Querschnittsaufgabe für die eigene Organisation.³

Für die gezielte Stärkung der politischen Bildung an Volkshochschulen ist neben der notwendigen Unterstützung durch die Kommunen und durch das Land NRW die Partnerschaft mit einer starken Landeszentrale für politische Bildung unabdingbar. Für Präventionsangebote ist zugleich die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wichtig sowie die Partizipation der Volkshochschulen an der Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungskonzepte für Demokratie.

1 a. Wie bewerten Sie die Umstrukturierungsmaßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung?

Die Volkshochschulen von NRW befürworten ausdrücklich die im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angekündigte strukturelle wie inhaltliche Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung. Die Volkshochschulen versprechen sich davon eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Landeszentrale und zusätzliche Synergieeffekte mit anderen außerschulischen Akteuren der politischen Bildung.

Die Ausgliederung der Landeskoordinierungsstelle aus der Landeszentrale ist aus Sicht des Landesverbandes nachvollziehbar, da wir politische Bildung von Präventionsarbeit differenzieren (s. auch Antwort 1d). Somit verstehen wir die Einsetzung der Stabsstelle als Stärkung der Präventionsarbeit. Bei der Anbindung der Stabsstelle an die politische Bildungslandschaft in NRW sollten Doppelstrukturen jedoch vermieden werden.

Eine Stärkung der Landeszentrale für grundlegende politische Bildungsarbeit, wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt wurde, steht weiterhin aus und wäre hochbedeutsam und wünschenswert.

1 b. Welche Funktion erfüllt die Landeszentrale für politische Bildung (Aufgaben- und Tätigkeitsfelder)

Die Landeszentrale bildet die Koordinations- und Schnittstelle für die außerschulische und schulische politische Bildung und liefert als Landesfachstelle mit Fachveranstaltungen, Netzwerkarbeit und Kooperationen sowie der Förderung von Modellprojekten wichtige Impulse für die politische Bildungslandschaft von NRW. Durch ihre übergeordnete und parteiunabhängige Verfasstheit hat die Themensetzung der Landeszentrale eine wichtige Leitbild- und Orientierungsfunktion für die politische Bildung in NRW.

Diese wichtige Funktion wurde aus Sicht des Landesverbandes zuletzt u. a. mit der Vorlage der Demokratieberichte für das Landesparlament bestätigt. Weiter wurden mit den

³ S. dazu: Arbeitsprogramm der Volkshochschulen von NRW: <https://www.vhs-nrw.de/der-landesverband/arbeitsprogramm-vhs-landesverband-nrw/> und Erklärung der 77. Mitgliederversammlung vom 30. November 2023: <https://www.vhs-nrw.de/wp-content/uploads/2023/12/Erklaerung-des-LV-auf-der-77.-MV-am-30.11.2023.pdf>

Demokratieberichten die grundlegenden Themen und Handlungsfelder der Landeszentrale und der politischen Bildung in NRW identifiziert und zusammengefasst, die mittel- und langfristig nur gemeinsam mit einer stark aufgestellten Landeszentrale umgesetzt werden können.⁴ Vor allem der notwendige Ausbau der aufsuchenden politischen Bildung benötigt die verstärkte fachliche Unterstützung und Förderung durch die Landeszentrale – aus unserer Sicht insbesondere für die im Rahmen der „Demokratiewerkstätten“ bisher nicht spezifisch geförderten Volkshochschulen.

Für nicht-anerkannte Einrichtungen der politischen Bildung, wie es die Volkshochschulen sind, bildet die Landeszentrale ein wichtiges Bindeglied in das bundesweite Netzwerk der Landeszentralen sowie insbesondere zur Bundeszentrale für politische Bildung und bringt dort stellvertretend die Fachexpertise der nordrhein-westfälischen politischen Bildungslandschaft ein. Weiter fördert die Landeszentrale den Austausch von politischer Bildung mit Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die größte Stärke der außerschulischen politischen Bildung in NRW besteht aus Sicht des Landesverbandes in der vielfältigen Akteurslandschaft, bestehend aus den 131 kommunalen Volkshochschulen und 25 Einrichtungen der politischen Bildung in anderer Trägerschaft. Dieses bilden das entscheidende Partnernetzwerk für die Landeszentrale. Im Gegensatz zur Bundeszentrale oder der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg verfügt die Landeszentrale in NRW über vergleichsweise wenig personelle Ressourcen, weshalb sie zur Entfaltung einer landesweiten Wirkung eng mit der gut aufgestellten Akteurslandschaft zusammenwirken muss. Die systematische Zusammenarbeit und enge Abstimmung mit den Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung begreift der Landesverband daher als eine Schlüsselaufgabe der Landeszentrale. Dies sollte u. a. durch eine partizipative Entwicklung und Förderung von Projekten, Netzwerk- und Kooperationsformaten erfolgen.

1 c. Welche Maßnahmen haben sich bewährt um die Arbeit der Landeszentrale sichtbar zu machen?

Die Volkshochschulen und ihr Landesverband schätzen die langjährige Partnerschaft mit der Landeszentrale für politische Bildung. Zu unterschiedlichen Themen- und Handlungsfeldern werden gemeinsam Maßnahmen umgesetzt. Wesentliche Grundlage für die partnerschaftliche Zusammenarbeit bildet die institutionalisierte Personalförderung durch die Landeszentrale für eine eigene Fachreferentenstelle für die politische Bildung im Landesverband. Mit der Fachstelle werden die landesweiten Maßnahmen zur Förderung politischer Bildung an Volkshochschulen beraten und Potenziale für eine zusätzliche maßnahmenorientierte Förderung und Zusammenarbeit identifiziert. Durch die institutionelle Förderung der Landeszentrale für den Landesverband ist sie strukturell mit den Volkshochschulen verbunden und an den Landesverband kommunizierte Maßnahmen werden gegenüber den Volkshochschulen unmittelbar sichtbar.

Darüber hinaus gibt es direkte Kooperationsmaßnahmen. Zu nennen sind z. B. regelmäßige Fachtagungen für die hauptamtlichen Mitarbeitenden der Volkshochschulen sowie themenspezifische Dialog- und Fortbildungsangebote. Weiter werden landesweite Projekte an Volkshochschulen umgesetzt, insbesondere zu kommunal relevanten Themen. Als konkretes Beispiel können hier die gemeinsamen Fortbildungsangebote für kommunale Integrationsräte

⁴ Vgl. dazu den ersten Demokratiebericht von NRW und die darin skizzierten Handlungsfelder.

benannt werden. Als Kooperationsprojekt entwickelt und mittlerweile sogar bundesweit als Format der kommunalpolitischen Jugendbildung etabliert ist der „Demokratieführerschein“: Junge Menschen bearbeiten lokalpolitische Themen, entwickeln eigene Umsetzungspläne im Dialog mit politischen Akteuren und sammeln so Erfahrungen in der politischen Interessensvertretung.

Auf diese Weise sorgen Volkshochschulen dafür, dass die Arbeit der Landeszentrale in der Fläche sichtbar und wirksam wird.

Zudem bewertet der Landesverband die jüngst etablierten regelmäßigen Demokratieberichte zur politischen Bildung als geeignete Maßnahme, die Themen der politischen Bildung und ihrer Landeszentrale in NRW sichtbar zu machen und in Fachformaten zu diskutieren.

1 d. Wie unterscheiden sich die Kernaufgaben der politischen Bildung und der Präventionsarbeit gegen demokratiefeindliche Bestrebungen?

Die Volkshochschulen wollen Menschen in der demokratischen Willensbildung und in der politischen Teilhabe unterstützen. In NRW ist die politische Bildung als Pflichtaufgabe für die Volkshochschulen maßgeblich und diese orientiert sich an den im Weiterbildungsgesetz definierten Kernfeldern für die politische Bildung (§16a WbG). In diesem Sinne hat die politische Bildung als eigenständiges Bildungsfeld einen aufklärend-kritischen Auftrag. Orientiert an den Themen und Interessen der Menschen greift die politische Bildung an Volkshochschulen die Fragen auf, die vor Ort relevant sind, befähigt die Menschen zu politischem Handeln und befördert durch Bildungsangebote Erfahrungen der politischen Selbstwirksamkeit. Entsprechend offen sind die Angebote der politischen Bildung als Einladung für alle Menschen in den Kommunen konzipiert und verfolgen einen ressourcenorientierten Ansatz.

Präventionsarbeit zielt darauf ab, unerwünschten Entwicklungen mit passenden Bildungsangeboten zu begegnen. Während die politische Bildung ergebnisoffene Prozesse anstößt oder unterstützt, sollen Maßnahmen der Präventionsarbeit eine bestimmte Wirkung erzielen. Ein präventiver Bildungsansatz ist stärker defizitorientiert und ist in der Regel ausgerichtet auf spezifische Bedrohungslagen für die Demokratie bzw. definierte demokratiefeindliche Radikalisierungsprozesse. Im Sinne der Radikalisierungsprävention agieren die Volkshochschulen in Deutschland etwa im Volkshochschulprojekt „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, angesiedelt beim Deutschen Volkshochschul-Verband.

Der vhs-Landesverband warnt vor einer Priorisierung der Präventionsarbeit zu Lasten einer kontinuierlichen politischen Bildungsarbeit, die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen offensteht und die Diskurs- und Beteiligungsprozesse fortlaufend aufrechterhält. Denn eine zentrale Zielsetzung muss aus Sicht der Volkshochschulen sein, den politischen Dialog in der breiten Bevölkerung zu pflegen und die Fähigkeit der Verständigung und des demokratischen Interessenausgleichs zu fördern.

Die politische Bildung muss dauerhaft die offenen Angebote für die Fragen und Themen der Bürger*innen von NRW vorsehen, die sich engagieren und gemäß ihren Interessen und Ressourcen für das demokratische Gemeinwesen einsetzen möchten. Damit leistet die

politische Bildung per se einen langfristigen und kontinuierlichen Beitrag für die Demokratie und gegen demokratiefeindliche Kräfte.⁵

1e. Welche Zielgruppen sollten Landeszentralen mit Ihren Maßnahmen erreichen und wie können diese Zielgruppen am besten erreicht werden?

Aus Sicht des Landesverbandes bilden die Akteure der außerschulischen politischen Bildung bzw. der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW die zentrale Zielgruppe für Maßnahmen der Landeszentrale. Die lebensbegleitenden Angebote der politischen Erwachsenenbildung sind von maßgeblicher Bedeutung, damit die Landeszentrale mittelbar alle Menschen in NRW unabhängig von Alter oder Herkunft erreichen kann. Hier erhalten die Bürger*innen die Chance, sich politisch weiterzubilden und ihre Fähigkeiten zur aktiven Mitgestaltung von politischen Prozessen auszubauen.

Durch die Zusammenarbeit mit den 131 Volkshochschulen und 25 anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung verfügt die Landeszentrale über leistungsfähige Multiplikatoren und kann trotz der vergleichsweise knappen eigenen personellen Ressourcen landesweite Wirkungskraft entfalten. Volkshochschulen erreichen mit ihren offenen Angeboten die interessierte Stadtgesellschaft und mit zielgruppenspezifischen Angeboten z. B. Menschen mit Grundbildungsbedarfen (s.o.). Die Einrichtungen der politischen Bildung wiederum haben je nach Träger und ihrem gesellschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Profil vielfältige Zugänge in spezifische Organisations- und zivilgesellschaftliche Netzwerkstrukturen, etwa in Betriebe, religiöse Gemeinschaften oder Verbände.

Um die Potenziale der Akteurslandschaft für landesweite Maßnahmen der Landeszentrale noch stärker auszuschöpfen, sollte der fachliche Austausch mit den Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung intensiviert und stärker durch die Landeszentrale koordiniert werden. In der Folge könnten Erfahrungen und Bedarfe der politischen Bildungslandschaft sowie die Themen und Anliegen der Teilnehmenden von Bildungsangeboten in den Planungen der Landeszentrale noch stärkere Berücksichtigung finden. Von entscheidender Bedeutung für eine verbesserte Zusammenarbeit sind der verstärkte partizipative Charakter des fachlichen Austauschs und die Überführung des Fachdialogs in konkrete Kooperationsformate und Maßnahmen.

Dabei begreifen die Volkshochschulen den bundesweit einmaligen regelmäßigen Demokratiebericht zur politischen Bildung in NRW als besonders wertvolles und praktisches Instrument, um im Austausch mit Landespolitik, Wissenschaft und den Akteuren der politischen Bildung aktuelle Fragestellungen zu diskutieren und praktische Lösungsansätze sowie Maßnahmen der Landeszentrale zu entwickeln.

Anschaulich begründen die zuletzt vorgelegten Demokratieberichte die besondere Bedeutung der politischen Bildung und ihre Wirkung zur Stärkung der Demokratie. Die Demokratieberichte belegen die Herausforderungen und Aufgaben, für deren Bewältigung es einer Stärkung der Landeszentrale mit personellen wie finanziellen Ressourcen bedarf.

⁵ Vgl. dazu Hafener (2019) „Politische Bildung ist mehr als Prävention“: <https://www.journal-pb.de/blog/politische-bildung-ist-mehr-als-praevention>

Die zahlreichen Handlungsempfehlungen der Demokratieberichte sollten eine wesentliche Planungsgrundlage für mit Finanzmitteln hinterlegten Kooperations- und Fördermaßnahmen der Landeszentrale sein.

Ein Hauptaugenmerk sollte auf dem in beiden Demokratieberichten empfohlenen Ausbau der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit in NRW liegen. Das durch die Landeszentrale geförderte Modellprojekt der Demokratiewerkstätten sollte weiter ausgebaut und auch den kommunalen Volkshochschulen zugänglich gemacht werden. Die in den Demokratiewerkstätten gesammelten Erfahrungen bei der Entwicklung aufsuchender Formate und Gewinnung neuer Zielgruppen für Angebote der politischen Bildung bilden dafür eine geeignete Grundlage.

1f. Wie sollte eine Landeszentrale für politische Bildung aus Ihrer Sicht aufgestellt sein, um ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können?

1g. Welche Ressourcen braucht es um zeitgemäß und wirkungsorientiert zu arbeiten?

Aus Sicht des Landesverbandes sollte die Landeszentrale die Netzwerkarbeit, den Fachaustausch und Kooperationen mit den Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung intensivieren und dies auch in ihrer Organisationsstruktur berücksichtigen. Dafür sind verlässliche Ansprechpersonen und Facharbeitseinheiten zu gemeinsamen Themen und Maßnahmenfeldern nötig. Die in den regelmäßigen Demokratieberichten aufgegriffenen Zukunfts- und Entwicklungsfragen der politischen Bildung in NRW sowie empfohlene Handlungsmaßnahmen sollten mit Unterstützung der Landeszentrale landesweit umgesetzt werden. Die Landeszentrale sollte über ein eigenes Förderprogramm für projektorientierte Maßnahmen und Bildungsformate verfügen, welche definierte strategische und thematische Ziele und Handlungsfelder umsetzen. Insbesondere die Förderung der aufsuchenden politischen Bildung in städtischen Quartieren und in ländlichen Räumen sollte gezielt gefördert werden. Die kommunalen Volkshochschulen sollten Zugang zum Landesprogramm der Demokratiewerkstätten erhalten (s.o.).

Analog zu den im Weiterbildungsgesetz formulierten Kernfeldern für Angebote der politischen Bildung sollten sich diese Themen auch in der Planung und Organisationsstruktur der Landeszentrale spiegeln.

Grundsätzlich begrüßt der Landesverband die im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien verankerte Zielsetzung, die Landeszentrale zu stärken. Sowohl die personelle Stärkung als auch die Erhöhung des operativen Budgets würde die Landeszentrale in die Lage versetzen, mehr Wirkung zu entfalten.

1h. Wer sind die kritischen Partner (critical friends) der Landeszentralen?

Für die Fortentwicklung der Facharbeit in NRW sollte die Landeszentrale den Austausch mit den Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung bzw. der politischen Bildung, mit Fachverbänden (DVPB NRW), Wissenschaft, anderen Landesinstitutionen (Supportstelle Weiterbildung QUA-LiS, Teilhabe- und Integrationsbeirat, Landesanstalt für Medien, BNE-Agentur) sowie den übrigen Landeszentralen, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Fachstelle politische Bildung fortführen und ausbauen.

In anderen Bundesländern, z. B. in Baden-Württemberg und Bayern, haben sich eigene formalisierte Landesnetzwerke der politischen Bildung entwickelt, in welchen die

Landeszentralen eine bedeutende Rolle einnehmen. Ein solches durch die Landeszentrale koordiniertes, formalisiertes, organisationsübergreifendes Landesnetzwerk der politischen Bildung wäre auch für NRW wünschenswert, um etwa den Fachdialog zu intensivieren, gute Praxis auszutauschen, Kooperationen zu stärken und Förderprogramme zielgerichtet weiterzuentwickeln.

2. Wie kann eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für politischen Bildung gestaltet werden?

Der Landesverband begrüßt die Zielsetzung der Landesregierung, die Landeszentrale für politische Bildung inhaltlich und strukturell zu stärken. Bei der Weiterentwicklung sollten die Ergebnisse der Demokratieberichte Berücksichtigung finden. Zudem kann es aus Sicht des Landesverbandes sinnvoll sein, die Weiterentwicklung der Landeszentrale in einem partizipativen Dialogprozess zu beraten, bei dem sowohl die Akteure der politischen Bildung wie auch das Parlament beteiligt werden.

Für den Landesverband der Volkshochschulen ist vorrangig von Bedeutung, die Partizipation von Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung in der konkreten Themensetzung und Planung von Kooperations- und Fördermaßnahmen der Landeszentrale weiterzuentwickeln.

Für eine verbindliche Berücksichtigung der Fachexpertise der Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung sollte unbedingt das von der Landesregierung angekündigt Vorhaben zur Einsetzung eines Beirates bzw. Kuratoriums nach Vorbild anderer Landeszentralen umgesetzt werden. Neben Vertreter*innen aus Wissenschaft und Parlament sollten dabei in jedem Fall auch Vertreter*innen der Praxis der politischen Bildung beteiligt werden. In die Beratungsarbeit könnten regelmäßig auch weitere Landesinstitutionen einbezogen werden, die an wichtigen Schnittstellen zur politischen Bildung tätig sind, z. B. die BNE-Agentur NRW, die Landesanstalt für Medien oder das QUA-LiS NRW.

Ein breit aufgestelltes Beratungsgremium, ausgestattet mit notwendigen Kompetenzen, wäre aus Sicht des Landesverbandes auch ein potenziell geeignetes Gremium, um den notwendigen Dialog über die strategische Weiterentwicklung der Landeszentrale zu führen und der Landesregierung und dem Landtag eine Empfehlung vorzulegen.

Grundsätzlich sollten Vor- und Nachteile der aktuell in NRW praktizierten rechtlichen Ausgestaltung der Landeszentrale als Teil eines Ministeriums ergebnisoffen beraten werden. Berücksichtigt werden sollten dabei insbesondere die Erfahrungen regelmäßiger Neu-Ressortierungen der Landeszentrale im Nachgang von Regierungswechseln sowie ein Erfahrungsaustausch mit anderen Bundesländern. Grundsätzlich würde es der Landesverband begrüßen, die Empfehlungen eines Beratungsgremiums sowie strategische Zielsetzungen für die Landeszentrale von der Legislaturperiode einer Landesregierung zu entkoppeln, um langfristig angelegte Prozesse zur Stärkung der politischen Bildung zu ermöglichen. Es erscheint sinnvoll, die partizipative Entwicklung und Bewertung regelmäßiger Demokratieberichte als Beratungsgrundlage- und Instrument für den Fachbeirat zu implementieren.

3. Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Themen: Welche Weichen sind erforderlich, damit die Landeszentrale für politische Bildung sowohl ihren Kernaufgaben nachkommen, als auch aktuelle gesellschaftliche Themen zeitnah und adäquat aufgreifen kann?

4. Handlungsfelder und Orte der politischen Bildung: In welchen Handlungsfeldern besteht ein besonderer Bedarf an Angeboten der politischen Bildung und welche Orte erreicht die politische Bildung bisher nicht ausreichend?

Wie oben erwähnt plädiert der Landesverband dafür, die Rolle der Landeszentrale als Impulsgeberin, Kooperationspartnerin und Fördergeberin für die außerschulische Akteurslandschaft der politischen Bildung zu stärken und die in den Demokratieberichten zuletzt zusammengefassten Handlungsempfehlungen mit entsprechenden Förderprogrammen umzusetzen.

Insbesondere der Ausbau von Programmen der aufsuchenden politischen Bildung ist aus Sicht des Landesverbandes von entscheidender Bedeutung. Ein entsprechender Ausbau geht notwendig einher mit einer Offenheit für die gesellschaftlichen Themen, die durch die Menschen an die politische Bildung herangetragen und gemeinsam in Bildungsformaten bearbeitet werden. Aus Sicht der Volkshochschulen gewinnen insbesondere offene Dialogformate, welche die Themen der Bevölkerung aufnehmen und in Kontakt mit politischen Entscheidungsträger*innen vor Ort behandeln, zunehmend an Bedeutung. Die Verbindung von Bürgerbeteiligungsangeboten und Angeboten der politischen Bildung sollte systematisch gefördert werden, damit die Menschen Selbstwirksamkeitserfahrungen in den durch sie gestaltbaren Fragen und Räumen sammeln und das Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt wird. Gleichzeitig liegen regelmäßige, evtl. auch fortlaufende, institutionalisierte Beteiligungsprozesse im Interesse der Kommunen, denn sie gewinnen dadurch an demokratischer Legitimation für aufwändige, mitunter sogar bahnbrechende strukturelle Entwicklungsprozesse, sei es im Bereich der Mobilität, der Nachhaltigkeitsstrategie, des wirtschaftlichen Strukturwandels oder der Stadtentwicklung. Einige Kommunen in NRW binden ihre Volkshochschulen bereits in die Organisation und Moderation solcher Beteiligungsprozesse ein. Sie können als Best-Practice-Beispiele dienen.

Neben der Förderung von dezentralen Bildungsangeboten in städtischen Quartieren sollten die ländlichen Räume in NRW noch stärker in den Fokus von Maßnahmen zur Förderung politischer Bildung genommen werden. Nach Vorbild des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sollten in NRW Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe in strukturschwachen und ländlichen Gegenden gefördert werden.

Hinsichtlich der zielgruppenspezifischen Stärkung politischer Bildung würde es der Landesverband begrüßen, wenn die Landeszentrale weitere Maßnahmen für niedrigschwellige Zugänge fördert, etwa Angebotsentwicklungen in der politischen Grundbildung. Vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl an Menschen ohne ersten qualifizierten Schulabschluss, einer hohen Zahl an geflüchteten Menschen sowie einer hohen Quote von Menschen mit Alphabetisierungsbedarf gilt es, die politische Teilhabe dieser Menschen durch geeignete Angebote der politischen Bildung zu fördern. Die Entwicklung entsprechender Förder- und Projektlinien könnte an bisherige Produkte der Landeszentrale für Integrationsklassen an Berufsschulen („Demokratie für mich“) oder Wahlbroschüren in leichter Sprache anschließen.

5. Detailanalyse der Umstrukturierungsfolgen: Wie schätzen Sie die direkten und indirekten Effekte der Umstrukturierungsmaßnahmen auf die operative Effizienz und die thematische Ausrichtung der Landeszentrale ein, insbesondere im Hinblick auf ihre Fähigkeit, effektiv gegen demokratiefeindliche Strömungen zu arbeiten?

Der Landesverband verweist auf die o.g. Antworten zu den Fragen 1 a-h.

6. Vergleichende Analyse mit anderen Bundesländern

Der Landesverband verweist in dieser Frage auf die Expertise der weiteren Sachverständigen und verzichtet auf eine Stellungnahme.

7. Langzeiteffekte der Budgetkürzungen: Wie bewerten Sie die langfristigen Auswirkungen der Budgetkürzungen auf die Qualität und Reichweite der politischen Bildungsprogramme der Landeszentrale, insbesondere im Kontext der aktuellen politischen und sozialen Herausforderungen in NRW? Wie sollte der Ressourceneinsatz von Landeszentralen angesichts der Herausforderungen in den digitalen Medien gestaltet werden?

Ergänzend zu den o. g. Antworten sieht es der Landesverband als notwendig an, Kooperationen zwischen politischer Bildung und Medienbildung auszubauen. Medienkompetenz als zentrale Voraussetzung für Demokratiekompetenz ist, wie zuletzt in den Demokratieberichten zutreffend beschrieben, ein wichtiges Handlungsfeld für die Landeszentrale. Auch hier gilt es, Kooperationen mit weiteren Institutionen wie etwa der Landesanstalt für Medien, dem Grimme Institut oder dem CAIS NRW sowie den spezialisierten Einrichtungen der Medienbildung und politischen Bildung auszubauen. Unabhängig von der Programm- und Maßnahmengestaltung der Landeszentrale lässt sich keine dezidierte Einordnung zu Budget-Anforderungen für dieses Handlungsfeld begründen.

Grundsätzlich begrüßt der Landesverband, wenn die Landeszentrale das Thema Medienkompetenz mit landesspezifischen Maßnahmen entsprechend fördert. Wir bewerten die Förderung von Maßnahmen und Projekten, welche bei Volkshochschulen oder Einrichtungen der politischen Bildung angesiedelt werden, als wichtigste Aufgabe für die Landeszentrale, um landesweite Wirkungskraft zu entfalten. Eine Entwicklung von Lehrmaterialien oder Publikationen sind in dem Feld vernachlässigbar, hier existiert bereits ein umfangreiches Angebot bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

8. Sicherung der Unabhängigkeit bei Neuausrichtung:

a. Was sind die Kriterien einer unabhängigen Landeszentrale und welchen Mehrwert haben diese?

b. Welche konkreten Maßnahmen und Richtlinien sind notwendig, um die politische Unabhängigkeit und Neutralität der Landeszentrale für politische Bildung zu gewährleisten?

c. Wo wäre die Landeszentrale für politische Bildung Ihrer Auffassung nach am besten angesiedelt?

Der Landesverband verweist auf die o.g. Antworten zu den Fragen 1 a-h und auf die Expertise der weiteren Sachverständigen.

9. Alternativen zur Ressourcenoptimierung ohne Qualitätsverlust:

a. Welche innovativen Ansätze oder Modelle könnten die Landeszentrale für politische Bildung implementieren, um trotz reduzierter Ressourcen ihre Effektivität zu bewahren oder zu steigern, ohne dabei ihre inhaltliche oder methodische Qualität zu beeinträchtigen?

b. Welche Maßnahmen können – bei gleichbleibendem Budget - angesichts der haushälterischen Entwicklung in den letzten Jahren die größtmögliche Wirkung entfalten?

Der Landesverband verweist auf seine Antworten unter 1a-h und betont nochmals die aus Sicht der Akteurslandschaft der politischen Bildung in NRW nicht vollständig genutzten Potenziale. Aus einem effektiven Zusammenspiel von Netzwerkstrukturen, kooperativ umgesetzten Fachveranstaltungen und aus den Demokratieberichten abgeleiteten Förderprogrammen könnte die Landeszentrale eine stärkere (Flächen-)Wirkung erzielen als bisher.

Grundvoraussetzung dafür ist die aus Sicht des Landesverbandes notwendige strategische Entscheidung, nicht länger unmittelbar die Bürger*innen in NRW als „Endkunden“ der Landeszentrale zu begreifen, sondern diese mittelbar über das Akteursnetzwerk der politischen Bildung in NRW zu adressieren.

10. Bewertung der strategischen Neuausrichtung: Inwiefern unterstützt die strategische Neuausrichtung der Landeszentrale die langfristige Zielsetzung, politische Bildung zugänglich und relevant zu gestalten, und welche Risiken könnten damit verbunden sein?

Aus Sicht des Landesverbandes liegt zum jetzigen Zeitpunkt kein Konzept für eine umfassende strategische Neuausrichtung der politischen Bildung bzw. eine Formulierung einer neuen langfristigen Zielsetzung für die Landeszentrale vor.

Grundsätzlich bewertet der Landesverband die Gründung einer Stabsstelle, in welcher die Landeskoordinierungsstelle integriert wird, als eine Entscheidung zur Stärkung der Präventionsarbeit in NRW. Wenngleich Präventionsarbeit und politische Bildung bestimmte Schnittmengen und Wechselwirkungen besitzen, reicht dieser Schritt aus Sicht des Landesverbandes nicht aus, um die politische Bildung in NRW grundlegend neu auszurichten.

11. Externer Sachverstand: Wie kann externe Expertise zur strategischen und eigenständigen Ausrichtung der Landeszentrale Eingang finden?

Für eine verbindliche Berücksichtigung der Fachexpertise der Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung sollte das angekündigte Vorhaben zur Einsetzung eines Beirates bzw. Kuratoriums nach Vorbild anderer Landeszentralen umgesetzt werden. Neben Vertreter*innen aus Wissenschaft und Parlament sollten dabei unbedingt auch Vertreter*innen der Praxis der politischen Bildung beteiligt werden, um deren Perspektive und Bedarfe bei der Entwicklung von Programmen, Schwerpunktthemen und strategischen Zielsetzungen zu berücksichtigen.

In die Beratungsarbeit könnten regelmäßig auch weitere Landesinstitutionen beratend einbezogen werden, die an wichtigen Schnittstellen zur politischen Bildung tätig sind (s. Frage 2).

12. Effekte auf die Zielgruppenansprache: Welche Maßnahmen sollten zur Ansprache und Einbindung verschiedener Zielgruppen durch die Landeszentrale ergriffen werden, und welche Strategien empfehlen Sie, um die Reichweite und Inklusivität zu erhöhen?

Der Landesverband verweist auf seine Antwort auf Frage 1 e.

Grundsätzlich betrachtet der Landesverband die Institutionen der politischen Bildung als Kernzielgruppe der Landeszentrale, wenn es darum geht, Flächenwirkung zu erzielen. Entsprechend gilt es für die Landeszentrale, vorrangig die professionelle Akteurslandschaft und schulische wie außerschulische Fachkräfte der politischen Bildungsarbeit zu adressieren. Dies gelingt am effektivsten über die verfassten Dach- und Landesorganisationen, die einen unmittelbaren Kontakt zum hauptamtlichen wie freiberuflichen pädagogischen Personal herstellen sowie umgekehrt Bedarfe an unterstützenden Maßnahmen an die Landeszentrale rückmelden können.

Neben der Zwischenebene des pädagogischen Fachpersonals stellen die Volkshochschulen sowie Einrichtungen der politischen Bildung die unmittelbare Anbindung von Maßnahmen der Landeszentrale an die eigentlichen Nutzer*innen von Angeboten der politischen Bildung sicher. Wie eingangs beschrieben, erstreckt sich dies bei den Volkshochschulen einerseits auf Teilnehmende von offen ausgeschriebenene Veranstaltungen der politischen Bildung. Andererseits leisten die Volkshochschulen u. a. auch in den Bereichen Integration, dem Nachholen von Schulabschlüssen oder in der Alphabetisierung wichtige politische Grundbildung für gemeinhin schwer erreichbare und in geringerem Maße politisch partizipierende Zielgruppen.

13. Kooperation und Netzwerkarbeit:

a. Welche Rahmenbedingungen sind für die Zusammenarbeit der Landeszentrale mit anderen Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen notwendig, und wie kann diese Kooperation zukünftig gestärkt werden?

b. Wie muss Netzwerkarbeit und die Ansprache von Multiplikatoren angesichts der aktuellen Herausforderungen mit Blick auf Zielgruppenspezifität gestaltet sein?

c. Wäre es sinnvoll angesichts anhaltender und überregionaler Digitalisierung eine verstärkte Zusammenarbeit der Landeszentralen mit der Bundeszentrale zu etablieren. Wie Ressourcen hierbei sinnvoll genutzt? Wie kann Expertise über Landeszentralen hinweg verwertet werden?

Der Landesverband verweist auf seine Antworten 1a-h.

Ergänzend begrüßt der Landesverband eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale und der Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Sicht des Landesverbandes sollte vorrangig die Bundeszentrale die Entwicklung von Materialien sowie den Vertrieb von Fachpublikationen übernehmen. Die Landeszentrale sollte ihr Profil über die Anbindung an das Landesnetzwerk der politischen Bildung in NRW schärfen und gezielt Maßnahmen fördern, die in Kooperation mit der Akteurslandschaft umgesetzt werden. Nicht die Bürger*innen, sondern verfasste Institutionen der politischen Bildung sollten die Kernzielgruppe von Maßnahmen der Landeszentrale sein.

14. Evaluation der politischen Bildungsarbeit: Welche Methoden und Indikatoren schlagen Sie vor, um die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung kontinuierlich zu evaluieren?

Aus Sicht der Volkshochschulen sind die bundesweit einmaligen, regelmäßigen Demokratieberichte zur Lage der politischen Bildung ein geeignetes Instrument, um politische Bildung in NRW und die Wirkung der Maßnahmen der Landeszentrale zu evaluieren.

Der Landesverband regt an, bei zukünftigen Erhebungen Vertreter*innen der Volkshochschulen und weiterer Einrichtungen der politischen Bildung zu beteiligen, um die Zusammenarbeit der außerschulischen politischen Bildung mit der Landeszentrale bewerten zu können. Neben einer qualitativen Bewertung von Maßnahmen sollten die Rückmeldungen von erreichten Teilnehmenden bei Veranstaltungsformaten sowie Projektberichte aus geförderten Maßnahmen als Evaluationsgrundlage herangezogen werden.

15. Zukunftssicherung der Landeszentrale: Welche Schlüsselinitiativen oder -projekte sollten priorisiert werden, um die Landeszentrale für politische Bildung langfristig als eine führende Institution in der Demokratieförderung und politischen Bildung zu stärken?

Der Landesverband verweist auf seine Antworten 1a-h sowie die in den jüngsten Demokratieberichten beschriebenen Handlungsempfehlungen für die Stärkung der politischen Bildung in NRW.

Die u. a. in den Demokratieberichten ausgesprochene Empfehlung, die aufsuchende politische Bildung in NRW weiter auszubauen, begreift der Landesverband als zentrales und notwendiges Entwicklungsthema für die Landeszentrale und Volkshochschulen. Der Landesverband fordert, das Thema strukturell und organisatorisch in der Landeszentrale zu stärken und den Volkshochschulen als Projektträgerinnen einen Zugang zum Programm der Demokratiewerkstätten zu eröffnen. Bei der Weiterentwicklung der Projektklinie sollten neben urbanen Quartieren auch ländliche und strukturschwache Räume in NRW in den Blick genommen werden.

Neben der Entwicklung von politischen Bildungsformaten für spezifische Sozialräume sollte die Landeszentrale die politische Grundbildung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Entsprechend sollte die Landeszentrale weitere zielgruppenspezifische Maßnahmen mit Partnerorganisationen und den Einrichtungen der politischen Bildung umsetzen, um solche Zielgruppen zu adressieren, die gemeinhin weniger stark politisch partizipieren. Mit Blick auf die Struktur der Volkshochschulen sieht der Landesverband in den Bereichen der kompensatorischen Grundbildung (Integration, Nachholende Schulabschlusslehrgänge, Alphabetisierungsbereich) Möglichkeiten, schwer erreichbare Zielgruppen für Angebote der politischen Bildung zu gewinnen.

Die Landeszentrale würde hier einerseits Empfehlungen der Demokratieberichte umsetzen und andererseits ihr Profil mit thematischen Förder- bzw. Projektklinien weiter schärfen.

16. Kampf gegen Antisemitismus: Wie hat sich das Phänomen des Antisemitismus in der Gesellschaft seit dem 7. Oktober nach Ihrer Wahrnehmung verändert? Welche Herausforderungen für die Arbeit der politischen Bildung sind aus Ihrer Sicht damit verbunden?

Viele Volkshochschulen betrachten kontinuierliche politische Bildung und Aufklärung gegen Antisemitismus als Kernbestandteil ihres Angebots. Die Entwicklungen seit dem 7. Oktober haben die politische Brisanz und damit auch den Stellenwert des Themas in der politischen Bildungsarbeit nochmals verstärkt. Viele Volkshochschulen haben von den teilweise sehr verschärften Sicherheitsauflagen für jüdische bzw. israelische Referent*innen berichtet, was die Planung und Umsetzung der Veranstaltungen massiv erschwert hat. Weiter berichteten die vhs-Mitarbeitenden von teilweise aufgeheizter Stimmung unter den Teilnehmenden sowie über

die Versuche gezielter Störmaßnahmen bei Veranstaltungen. Damit verbunden sind seitdem nochmals aufwändigere Planungsanforderungen sowie Anforderungen an die Moderation von Veranstaltungen.

Das Thema Antisemitismus und der Krieg in Nahost wurde auch in Integrationskursen und Kursen der nachholenden Schulabschlusslehrgänge aufgegriffen. Hier berichteten Kursleitende, dass sie in Sprach- und Fachkursen politische Diskussionen moderieren mussten, sich selbst dazu teilweise aber nicht ausreichend fachlich kompetent fühlten. Entsprechende Rückmeldungen hat der Landesverband aufgenommen und mit Partnerorganisationen und Expert*innen Fortbildungen und Beratungen für das pädagogische Personal angeboten, damit das Thema auch in „fachfremden“ Lehrsituationen an Volkshochschulen aufgegriffen und angemessen behandelt werden kann.

Weiter empfiehlt der Landesverband vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen die Abstimmung der Landeszentrale für politische Bildung mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW, um Fortbildungsangebote für die außerschulische politische Bildung sowie die Förderung von Maßnahmen und Projekten abzustimmen und Synergiepotenziale frühzeitig zu identifizieren.

17. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen: Wie ist der Umgang der Landeszentralen mit aktuellen und künftigen Herausforderungen wie beispielsweise Desinformation, Populismus, gesellschaftliche Polarisierung organisiert und ist dies den Herausforderungen angemessen?

Der Landesverband verweist auf die Expertise der weiteren Sachverständigen.

18. Präventionsarbeit:

a. Welche Synergien bzw. positive Effekte sind durch die Neustrukturierung der Präventionsarbeit für den gesellschaftlichen Kampf gegen den Antisemitismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen zu erwarten? Welche Rolle kann die Landeszentrale für politische Bildung bei der Präventionsarbeit zukünftig spielen?

b. Sollte Präventionsarbeit überhaupt bei der politischen Bildung angesiedelt sein?

Zum Verhältnis der politischen Bildung und Präventionsarbeit siehe Antwort auf Frage 1 d.

Mit der zuletzt bei der Landeszentrale angesiedelten Landeskoordinierungsstelle (LKS) gegen Rechtsextremismus und Rassismus arbeitet der Landesverband im Handlungsfeld der Extremismusprävention verlässlich und gut zusammen und hat sich als Vertreter für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung im Landesnetzwerk u. a. in die Entwicklung und Überarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes eingebracht. Durch die Kooperation mit der LKS befördert der Landesverband die Zusammenarbeit an der Schnittstelle von Präventions-, Beratungs- und Bildungsarbeit in NRW und den konkreten Fachaustausch von Multiplikatoren. Auf der kommunalen Ebene beteiligen sich die Volkshochschulen an der Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungskonzepte für Demokratie und Vielfalt. Die Koordinierung von Aktivitäten erfolgt sowohl im Landesverband als auch bei den meisten Volkshochschulen im Verantwortungsbereich bzw. in enger Abstimmung mit dem Fachbereich der politischen Bildung. Eine enge Abstimmung der Präventionsarbeit und der politischen Bildung auf Landesebene ist folglich aus Sicht des Landesverbandes weiterhin sinnvoll und notwendig, um Synergiepotenziale zu identifizieren und zu nutzen.

Zugleich verweist der Landesverband darauf, dass die Landeskoordinierungsstelle mit ihrer besonderen Fachexpertise, ihrem spezifischen Themenfokus und ihren spezifischen Netzwerkpartnern die Arbeit bis zur Gründung einer Stabsstelle fachlich eigenverantwortlich gestaltet hat. Vor diesem Hintergrund geht der Landesverband davon aus, die bisherige Zusammenarbeit mit der Stabsstelle erfolgreich fortzusetzen. Bereits aufgenommen wurde das Angebot des Landesverbandes, die jährliche Landesdemokratiekonferenz in einer Volkshochschule auszurichten, um die Kooperation zwischen Weiterbildung, politischer Bildung und zivilgesellschaftlichen Netzwerkpartnern zu fördern.

Die Gründung der Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ im Ministerium für Kultur und Wissenschaft bewertet der Landesverband als Aufwertung der Extremismusprävention. Im Sinne des integrierten Handlungskonzeptes verstehen sich die Volkshochschulen als Partnerinnen des Landes und sind bereit, Kooperationsformate mit Akteuren aus dem Landesnetzwerk auszubauen. Der Landesverband hält es für notwendig, das durch die Stabsstelle koordinierte Programm NRWtoffen zu stärken und auszubauen. Der Landesverband würde es ausdrücklich begrüßen, wenn mehr Volkshochschulen als bisher als Trägerinnen in den Programmen zu den kommunalen Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und im NRW-Programm NRWtoffen Berücksichtigung fänden bzw. das Land NRW die Bedeutung und Potenziale der Volkshochschulen für die Stärkung von Demokratie und Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit gegenüber Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren noch stärker in den Fokus rückt.

19. Im Antrag der SPD wird der Landeszentrale eine gewisse Wirkmacht bspw. im Kampf gegen bestimmte Strömungen attestiert. Was sagt die Forschung über die tatsächliche Wirkmacht von politischer Bildung, wie sie von der Landeszentrale betrieben wird? Welche Bewertungsmaßstäbe gibt es da?

Der Landesverband verweist in dieser Frage auf die Expertise der weiteren Sachverständigen.

20. Mit Verweis auf die im Antrag angesprochene hohe Anzahl der 120 Mitarbeiter der Landeszentrale in Baden-Württemberg: Bringt mehr Personal wirklich mehr? Ist bspw. die Landeszentrale in Baden-Württemberg (oder andere Institutionen) dadurch messbar (wirk)mächtiger?

Der Landesverband verweist in dieser Frage auf die Expertise der weiteren Sachverständigen.

21. Braucht es zur Bewältigung der Kernaufgaben dezidierte Landeszentralen für politische Bildung in jedem Bundesland oder könnten ihre Aufgaben (bzw. in welchem Grad) auch geteilt oder ausgelagert werden, so wie jetzt beispielsweise in NRW geschehen?

Der Landesverband hält die Einrichtung einer eigenen Landeszentrale für politische Bildung mit landesspezifischen Aufträgen für unabdingbar.

22. Wie unabhängig sind die Landeszentralen für politische Bildung, wenn bspw. im Landeshaushalt Mittel für Beratungsleistungen oder Projekte gegen bestimmte Formen von Extremismus gemäß politischer Mehrheit verteilt werden statt anhand neutraler Kriterien?

Der Landesverband verweist in dieser Frage auf die Expertise der weiteren Sachverständigen.

23. Mit Blick auf die von der Landeszentrale bespielten genuin linksideologischen Themen wie „Genderidentität“ oder dem vernachlässigten bis fehlenden Thema „Linksextremismus“ Kann man überhaupt noch von politischer Neutralität der Landeszentrale reden oder werden hier vielmehr Mittel zu politisch tendenzieller Stimmungsmache verwendet?

Aus Sicht des Landesverbandes orientiert sich auch die Themenauswahl der Landeszentrale an den für die politische Bildung grundlegenden Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses. Demnach greift die politische Bildung die Themen und Fragen auf, die in Politik und Gesellschaft aktuell sind. Grundlegend ist das Kontroversitätsgebot, wonach die politische Bildung dem kontroversen Meinungsspektrum innerhalb der öffentlichen Debatte Rechnung tragen muss.

Neutralität ist hinsichtlich der Unabhängigkeit von parteipolitischer Einflussnahme bzw. Vereinnahmung unbedingt zu wahren. Gleichzeitig vertritt der Landesverband die Überzeugung, dass die politische Bildung immer parteiisch sein muss im Sinne der Demokratie, des Grundgesetzes und den Prinzipien einer offenen und chancengerechten Gesellschaft.

Zusammenfassung der wesentlichen Positionen des Landesverbandes:

- Der Landesverband hält eine Unterscheidung zwischen Präventionsarbeit und politischer Bildung in der Debatte um die Zukunft der Landeszentrale für unerlässlich. Die Einsetzung der Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ begreift der Landesverband nicht als Stärkung der politischen Bildung, sondern als sinnvolle Maßnahme zur Extremismusprävention.
- Die Volkshochschulen von NRW befürworten die im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angekündigte strukturelle wie inhaltliche Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung ausdrücklich. Die Volkshochschulen versprechen sich davon eine Stärkung der Zusammenarbeit mit der Landeszentrale und Schaffung zusätzlicher Synergieeffekte mit anderen außerschulischen Akteuren der politischen Bildung.
- Der Landesverband begrüßt ausdrücklich das Vorhaben zur Einsetzung eines unabhängigen bzw. partei- und organisationsübergreifenden Beirates für die Landeszentrale. Der Landesverband fordert, bei der Besetzung des Beirates Vertreter*innen aus den Volkshochschulen und anderen Landesorganisationen der Weiterbildung bzw. politischen Bildung zu berücksichtigen, um die Perspektive und Bedarfe der Praxis bei der Entwicklung von Programmen, Schwerpunktthemen und strategischen Zielsetzungen zu berücksichtigen.

- Die Demokratieberichte begreift der Landesverband als ein wertvolles Instrument, um Fragen und Themen der politischen Bildung organisations- und trägerübergreifend zu analysieren und konkrete Schwerpunkte und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Aus Sicht des Landesverbandes sollten die Empfehlungen des Demokratieberichts hinterlegt werden mit entsprechenden Haushaltsmitteln für die Landeszentrale, um konkrete Umsetzungsmaßnahmen und Modellprojekte der politischen Bildung an Volkshochschulen oder Einrichtungen der politischen Bildung zu fördern.
- Der Landesverband regt eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale und der Bundeszentrale für politische Bildung an. Aus Sicht des Landesverbandes sollte vorrangig die bpb die Entwicklung von Materialien sowie den Vertrieb von Fachpublikationen übernehmen.
- Die Landeszentrale für politische Bildung NRW sollte gezielt Maßnahmen fördern, die in Kooperation mit der Akteurslandschaft umgesetzt werden. Nicht die Bürger*innen, sondern verfasste Institutionen der politischen Bildung sollten die Kernzielgruppe von Maßnahmen der Landeszentrale sein. Die Menschen in NRW werden über die Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen in der Fläche des Landes erreicht.
- Die u. a. in den Demokratieberichten ausgesprochene Empfehlung, die aufsuchende politische Bildung in NRW weiter auszubauen, begreift der Landesverband als zentrales wie notwendiges Entwicklungsthema für die Volkshochschulen. Der Landesverband fordert, das Thema strukturell und organisatorisch in der Landeszentrale zu stärken und den Volkshochschulen als Projektträgerinnen einen Zugang zum Programm der Demokratiewerkstätten zu eröffnen. Als weiteres zentrales Thema empfiehlt der Landesverband die Fortführung der Programmlinien zur politischen Grundbildung, etwa für den Integrationsbereich.
- Der Landesverband regt an, die Beratung um die rechtliche Ausgestaltung und langfristige formale Verankerung der Landeszentrale als Auftrag für einen ergebnisoffenen Beratungsprozess an den Beirat zu übertragen. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollten die Grundlage für eine längerfristige strukturelle Verankerung der Landeszentrale sein, die unabhängig von Regierungswechseln umgesetzt wird.
- Der Landesverband regt an, die Einsetzung der Stabsstelle zum Anlass zu nehmen, um die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Land, zivilgesellschaftlichen Akteuren und der gemeinwohlorientierten Weiterbildung bzw. der außerschulischen politischen Bildung zu evaluieren und zu stärken. Konkret regt der Landesverband an, Formate wie die Landesdemokratiekonferenz dauerhaft in den kommunalen Weiterbildungszentren auszurichten und für landesweite Veranstaltungen die Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung einzubinden.

Düsseldorf, 12. April 2024



Klaus Hebborn
Präsident



Celia Sokolowsky
Vorstandsvorsitzende